



Presseinformation

Nr. 83 / 2013

Kiel, Freitag, 22. Februar 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Hochschulen / Lehramtsausbildung

Christopher Vogt: Ministerin Wende offenbart ihre Planlosigkeit bei der Reform der Lehramtsausbildung

Zur verkündeten Einigung des Wissenschaftsministeriums mit der Universität Flensburg über die Zukunft der Lehramtsausbildung sagt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es ist ein gutes Zeichen, dass sich die Ministerin nun immerhin bemüht, das leichtfertig zerschlagene Porzellan wieder zu kitten. Das Thema ist aber mit der Pressemitteilung des Ministeriums noch lange nicht vom Tisch. Die genannten Eckpunkte können uns nicht zufrieden stellen. Sie offenbaren die Planlosigkeit der Ministerin bei der Reform der Lehramtsausbildung. Das Ministerium muss jetzt weitergehende Informationen über die erzielte Einigung veröffentlichen.

Völlig unklar bleiben die Frage der Finanzierung und die Auswirkungen der Eckpunkte auf die anderen Hochschulen. Eine Ausweitung der Ausbildung in Flensburg ist selbstverständlich nicht kostenlos zu haben. Hierfür müssen der Universität zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ein Kuchen, der zwischen den beiden Universitäten anders aufgeteilt werden soll, führt nur dann nicht zu Verlierern, wenn der Kuchen insgesamt größer wird. Unnötige Doppelstrukturen müssen angesichts der strukturell prekären Haushaltslage aber vermieden werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Versprechungen der Ministerin nicht voreilig waren und im Zuge der Beratungen für den kommenden Haushalt wieder einkassiert werden müssen.

Die ideologisch motivierte Reform der Lehramtsausbildung darf nicht dazu führen, dass die Qualität der Ausbildung leidet und die Mobilität der Absolventen durch einen Alleingang der Landesregierung massiv eingeschränkt wird. Wir werden unseren Antrag zu diesem Thema (Drs. 18/516) aufrecht erhalten und im März wieder auf die Tagesordnung des Landtages bringen. Bis dahin gebe ich die Hoffnung noch nicht auf, dass die Ministerin die geplante Abschaffung der schulartbezogenen Lehramtsausbildung aufgibt oder zumindest ein mit allen Beteiligten abgestimmtes und schlüssiges Konzept vorlegt, über das man dann vernünftig diskutieren kann.“